

Südostdeutsche Volkszeitung

Besitzspecie: Sämtlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt. Rückgabe A mit Kluft. Beilage 6.00 M. — Rückgabe B 0.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus. Rückgabe A 7.35 M., Rückgabe B 0.90 M. — Die gesuchte Beilegung erscheint an allen Wochenlagen normal. — Sprechstunde bei Neballian: 11 bis 12 Uhr vorm.

Die Ernährungsschwierigkeiten im Freistaat Sachsen

von W. Friedmann.

wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Sächsischen Wirtschaftsministerium¹³⁾

Die konzentrierten Bedarfsgebiete liegen im Westen, Groß-Berlin, Groß-Oberschlesien, Freistaat Sachsen und die Sorgenländer der sächsischen Nahrungsmittelbewirtschaftung. Der Berliner und jedes andere weiß, wie ungeheuer schwer die Nahrungsbedürfnisse einer Millionenstadt wie Groß-Berlin nur einigermaßen befriedigt werden können. Große landwirtschaftliche Wiesen und Betriebe müssen zu ihrer Versorgung herhalten. Immerhin hat die Millionenstadt an der Spree das große Preußen hinter sich, lehrt Staatskommissar für Volksernährung einen gerechten Ausgleich zwischen Überfluss und Bedarfsgebieten herstellen kann. Dasselbe gilt für die übrigen Industriebezirke Preußens. Damit ist ständigen Bundesstaat Sachsen der eigentlich nichts anderes ist als eine große Industriegemeinde mit vielen landwirtschaftlichen Nutzflächen dazwischen, fehlen diese Reserven. Er muss immer erst die Bevölkerung der Reichsstädten anrufen, um zu den ihm zustehenden Nahrungsmaßen zu gelangen. Sachsen steht in der Ausübung der für die menschliche Ernährung zunächst in Betracht kommenden (Acker- und Gartenland) in Deutschland an erster Stelle. 56,5 Prozent seiner Gesamtfläche sind in diesem Zweck landwirtschaftlich genutzt, im Reich nur 48,2 Prozent, in Preußen 50,1 Prozent, in Bayern nur 39,5 Prozent. Was die Zahl der Selbstversorgerung betrifft, so steht es am leeren Tische, denn in Deutschland ist jeder vierte bis fünfte Mann, in Preußen und Bayern sogar jeder dritte Mann Selbstversorger (in Praggetzde) in Sachsen dagegen erst jeder 15. Mann. So war Sachsen von Altheim 23mal, an Volkszahl knapp 8 mal kleiner als Preußen! Schon in Zeiten des Krieges und weiterhin infolge der Wirkungen der Blockade und des Rückgangs der eigenen Erträge ist nicht gewesen. Eine Ernährungsverhältnisse werden gegenüber den Nachbarstaaten jetzt schwierig bleiben. Welche Folgen die Blockade und Unterernährung für Sachsen mit sich gebracht hat, geht n. a. schon aus der Tatsache hervor, daß in den Jahren 1915/18 unter der sächsischen Zivilbevölkerung allein fast 70 000 Menschen mehr gestorben sind als getötet wurden. — Die aktuelle Ernährungssituation Sachsen's kennen wir uns am besten an einigen Kennzahlen der deutlichen, deren Beschaffung für Sachsen äußerst schwierig ist.

Bei Kartoffelversorgung sei zunächst vernutzt, daß Sachsen mit seinem dringendsten Bedarf an Speisekartoffeln, Sackkartoffeln usw. mindestens 22 Millionen Rentner nötig hätte. Bei einem Eigenbau von 13 Millionen Rentner wären somit 9 Millionen durch Einfuhr zu decken. Die Weißkartoffelliste hat zwar 7% Millionen Rentner planmäßig zugewiesen, tatsächlich sind 113 Anfang Februar 1920 knapp 1% Millionen Rentner geliefert worden. Sachsen's eigene Vorräte würden durch das frühe Winterrotte stark angegriffen; rund 480 000 Rentner (im Reiche 4% Millionen Rentner) sind vollständig erfroren, damit hätte es seinen vier Großstädten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Planen über fünf Wochen lang eine Röntgenfundation geben können. Gleichwohl hat Sachsen bis Anfang Februar aus seiner eigenen Ernte bereits 2 Millionen Rentner auf Pflichtlieferungen in den Überschusskommunalverträgen für seine Bedarfsverbände aufgeliefert. Die hier seit drei Jahren eingeführte Landeskartoffelliste hat dabei gute Dienste geleistet. Unter den zwei Millionen Rentner befinden sich nämlich etwa 1,2 Millionen, die aus den Überschussbezirken auf Landeskartoffelliste pflichtgemäß abgeliefert

brunt in ganz Sachsen über 4 Millionen Rentner aufgebracht worden. Aber die eigene schärfste Erstauung hat ihre Grenze in den knappen Beständen. Außerdem dürfen im allerärmsten Falle von auswärts kaum 5 Millionen Rentner tatsächlich eingehen. Und schon für diesen allerärmsten Fall ergibt sich ein Fehlbedarf von über 4 Millionen Rentner Kartoffeln (etwa der Bedarf der vier Großstädte für fast 43 Wochen bei einer Fünfzehntausend). Dieser Fehlbedarf wird aber in Wirklichkeit noch größer sein, so daß in Sachsen's Kartoffelversorgung im Spätfrühjahr eine große Krise einztritt.

Sachsen **Fleischversorgung** hat mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Notwendigkeit der Milcherzeugung macht es zur laufenden Gebot, den Augnickbestand so hoch wie nur möglich zu halten, dafür aber möglichst viel Fleisch und Schlachtfleisch hereinzu bringen. Über die den deutsch'n Bundesstaaten zur Lieferung noch Sachsen ausserlegten Mengen an Fleisch und Vieh wurden bisher in den allerhöchsten Fällen einmal erreicht. In den einzelnen Umlageperioden seit Anfang 1918 bis Anfang 1920 betrug nämlich die tatsächliche Lieferungsmenge der Bundesstaaten gegenüber dem Soll: 98 Proz., 102,5 Proz., 97,7 Proz., 18,6 Proz., 21,4 Proz., 36 Proz., 68 Proz. Auch die von der Reichsschlachtkelle erreichbaren Mengen, die in Sachsen selbst aufgebracht werden sollten, lontan in diesen Zahlen niemals aufgebracht werden, öfters nur rund die Hälfte. So ist es zu verstehen, daß die 180 Gramm-Fleischration für Sachsen „höchst-

wenige" Vieh und sehr oft nicht erachtet wurde, daß schon seit langem höchstens 75 Gramm Frischfleisch wöchentlich verteilt werden können. Der Rest der Nation mußte in teureren Konserven und Auslandsfleisch gegeben werden. Um wenigstens diese geringe Menge sicherzustellen und das zur Wurstbereitung nötige Schweinesleisch zu erhalten, mußte Sachsen fast schwächer, als es zu verantworten war, in die Bischfelde eingreifen, mußte Sachsen allein die aufsehende und vielbelästigte Maßnahme treffen, daß jeder Fleischhälbetroßger von einer Hausschlachtung ein Viertel und ebenso die größten Müster für jedes selbst geschlachtete Schödel ein weiteres an die öffentliche Versorgung der Höchsttreuheiten abzunehmen haben.

Bei bedeutender Erschwerung der Einfuhr seitens der Reichs-
stelle mögte Sachsen, das bisher die vielen Anhälse nur durch diese
ausländischen Zuflüsse gerade noch dosieren konnte, der Zukunft mit
erwähnter Besorgnis entgegensehen.

Zu Sachsen's Milch- und Fettversorgung wies der
im Verhältnis zum Fleisch (Müllgang um etwa ein Sechstel) häufigere Rück-
gang seines Milchverbrauches (Müllgang um mehr als ein Fünftel) sehr er-
söhnwendend, da Sachsen's Milchviehbestand schon in Friedenszeiten in
einer Linie den dichtbevölkerten Industriegebieten Fleischmilch, die
weite Transporte nicht verträgt, und davon erst Fett und Fleisch liefern
möchte. Auch hat der frühe Winter 1919 nicht mit der südlich
davonliegenden, besonders in den höher gelegenen Gebieten, verhältnis-
mäßig schwereren Schaden, als dies im Rest des Landes ist, sondern auch
dort sehr Schaden an den Futterstellen und den Weizenblättern (ein
grotes Wirtschaftsangebot) angerichtet. Darum müste man auch die Hoff-
nung, daß sich Sachsen's Milchversorgung in diesem Winter bessern
würde, bald scheen lassen, um so mehr, als neuerdings durch die
harte Auszehrung des Brotgetreides den Bäckereien wieder weniger
aber gar keine Meile zur Verfügung steht. Und da die Milch wegen
der leichten Verderblichkeit nicht von weit her bezogen werden kann,
so mußt in der Milchversorgung wesentlich auf sich selbst gesetzt
werden. Daraus nicht einmal mehr die ohnehin knappen Rationen ab-
wählen werden, sie müssen vielmehr überall nun mindestens einen
Viertelliter getilgt werden, so daß Kinder im fünften und sechsten
Jahr, ja sogar im dritten und vierten Lebensjahr, Knaul und alte
Leute vielfach keine oder sehr wenig Milch erhalten können. Bedau-
erlich zur Gegenüberstellung der Sachsen's sei erwähnt, daß die Tages-
einzuflüsse in Leipzig in den letzten Novemberwochen 26.500 bis 32.000
Liter betragen, während München zur gleichen Zeit von der bayerischen
Landwirtschaft noch mit rund 100.000 und mehr Liter Milch beliefer-
wurde.

Zahl sieben Schuhel der Gesamtmilchversorgung werden mit Milch und Butter zur Sorgung der Selbstverkörperer, sowie der 20 Lebensmittelberechtigten benötigt, nur rund 2½ Millionen Milch, d. h. 1051 Rentner Butter blieben für die Fettausgabe übrig. Etwa den doppelten Betrag von außenwärts hätte Sachsen nötig um seinen Bevölkerungsberechtigten die nach Reichsverordnung zustehenden 50 Gramm Butter wöchentlich zu gewähren. Nun haben in den letzten Monaten 1919 die tatsächlichen Lieferungen im Monat nur rund 5000 Rentner ergeben, so dass höchstens 80 Gramm Butter im Monat (nicht ganz 20 Gramm in der Woche) verteilt werden konnten. Zur Deckung des Restes der Vorratung, die übrigens in Sachsen im Häufigsten nur 90 Gramm gegenüber 100 Gramm Reichssatz beträgt, musste sich die Bevölkerung mit minderwertigeren, aber teureren anderen Fettarten zu frieden geben.

ähnliche Schwierigkeiten bestehen auf allen Gebieten der Ernährung. So ist in der Nahrungsmittelbelieferung die Reichsstelle gegenüber Sachsen bis Mitte Februar mit rund 154 000 Sennheiser im Rückstand.

Alle diese Schwierigkeiten wirken um so empfindlicher, als davon hauptsächlich die Arbeitervölkerung in den großen Verbraucherbezirken betroffen wird. Bei der Frage der Ersatzbeschaffung und der Knappheit in allen Nahrungsmitteln wird die Ernährungslage Sachsen im Frühjahr eine gefährliche Stelle durchlaufen müssen, die leicht von unruhigen Elementen, wie schon im Sommer 1919, gut auspeitschung der Geister hervorgerufen werden kann. Möge die Reichsregierung diese Möglichkeit ins Auge fassen und den berechtigten Forderungen der sächsischen Verbraucher entsprechen und möge auch das Nullkummi in allen Teilen Deutschlands erkennt, wie unverhältnismäßig schwer hier ein einzelnes Land unter den ohnehin so bitter ernsten Verhältnissen leidet.

Bewilderung

Von einer parlamentarischen Seite

Bei allem Einfühlenden unserer Tage ist das Gefühl mit am niederbordendsten, daß bei und nachgerade eine politische Sittenverwildung einreicht, wie wir sie in früheren Zeiten noch nie erlebt haben. Nun ist es ja richtig, daß im Reichen des parlamentarischen Staates der politische Kampf immer mehr verjünglich geführt wird, daß mehr als unter jedem anderen System die politische Macht verhältnißlich bekämpft und durch Heranziehung des Persönlichkeit politisch unendlich zu machen versucht wird. Dieart Erscheinungen begegnen mir in allen parlamentarisch regierten Völkern. Frankreich ist ein besonderes Musterbeispiel dafür. Die augenblicklich zur Gewalt erurteilten Politiker und Parlamentarier sehen ihre besondere Thürme darin, vor allem ihnen unbedeutende Regierungsmächte bei einem Systems mit allen mit denkbaren, namentlich auch perfidien Mitteln zu bekämpfen, um sie politisch und parlamentarisch unendlich zu machen. Dieses Kampfgeheue setzt viel

sach in Nationalsozialismus aus und ließ regellose, fanatische Rücksichten freien, dann auch vielfach zu den Waffen, um auf dem Boden der Welt einen von ihnen als „schädlich“ empfundenen Politiker oder Minister „schädlich“ zu machen.

Nach dieser Methode wird neuerdings auch bei uns in Deutschland sehr viel gearbeitet. Es haben sich da gerade in letzter Zeit Dinge ereignet, die zu ersten Sorgen Anlaß geben. Verfassungskreuzungen sind an der Tagordnung. Es kommt dabei meist zu erbitterten Zusammenstößen und zu wilden Auseinandersetzungen, bei denen es um Leben und Gesundheit der Verhandlungsteilnehmer geht. Schrecklich ist, wie die Jugend die Thäter in diese Dinge hineingezogen und fast unmittelbar zum vollständigen Radikalismus und Staudal herausgezüchtet werden. Wohin sollen wir aber kommen, wenn solche Methoden, die nichts anderes als ein eisernes Gepräg für die Verwirrung der politischen Tüte sind, nachgerade tödlich werden? Welbleibt dann, die in der neuen deutschen Republik so feierlich verlübten Meinungsfreiheit? Man mag mit den Anschamungen und Aufsässigkeiten einzelner politischer oder Partei-Gruppen einverstanden sein; oder nicht, es gilt aber doch nicht an diese entsetzlichen Meinungsverschiedenheiten, so lange sie sich in der verfassungsmäßig gewährleisteten Form äußern mit Konservativen und Revolutionären Friedensverträgen. Das heißt einen verborgenen Kampf, dem Kommt in kurze politisches Leben hinzutragen, von dem man weiß sehr, wie er beginnt, aber nicht wie er ausgeht.

In diesen Minuten postet auch die vielsach bediente Presse die Lösung des Räuber und Täters Olwia von Hirschfeld, die jetzt vor einem Berliner Gericht wegen ihres Attentats gegen den Reichskultusminister Erberger in der überaus milden Stunde von 1 Jahr & Monaten Gefängnis verurteilt werden ist. Mit anderen Worten, der sich rühmte, nur das zu geben zu haben, wovon anderer immer sprach, die ihm widerfahrene Witte durchaus. Aber man muß doch untersetzen fragen, ob durch solche Kretze die Staatsanwaltschaft gefeiert wird. Wobei sollen wir denn Lachen wenn das Schicksal auf einen Minister ein so billiger Sport wie? Ist ein solches Recht nicht eigentlich ein Recht für gewisse kreisgefeiste Kretze auch hierfür füllt sich von der Witte und Nachtwelt den Heldenkranz um die Stirnwinden zu lassen? Man muß kleine Szenen um so erneut erleben, als es wirklich nicht das "Verhöhn" des Staatsanwalts war, daß die Witte nicht schlimmer ausging. Es ist vor Weißicht bestehet worden, daß der erste Schuß, der an der sehr dünnen eisernen Platte und an einer Holzleiste abprallte, tatsächlich hätte töten müssen wenn die Kugel in den Kopf gekommen wäre. Die Witte ist aber auch um darüber zu wverfen, weil sie der Verhandlung alles davon wurde, um den Staatsanwalt des Tages politisch dem Unmoralisch gebliebenen Minister zu präsentieren und weil der Staatsanwalt nachdrücklich fordert an politischen Kritikern zu erwarten, daß Staatsanwalt harsch und verhöhnt, daß ebenfalls eine Tat begegnet habe die durchaus schamlos und deswegen der Nachwelt würdig sei. Ich ja nicht auch eine Verhöhnung der politischen Eltern, wenn nicht nur Elterns, sondern auch Freunden nach den Zeitschriften der Mutter des Angestellten die Eltern der Tat des Schmieds "beispielhaft seien" und wenn Prof. Leibnitz in Gotha in seinem Schrein festgestellt hat, daß "alles Mensch kommt vom Schmied". Ich sage daher bestimmt, daß die Tat des Schmieds Olwia von Hirschfeld als einer "beispielhaft" schame, dann auch von seinem Standpunkt mit Weißicht des Staatsanwalts Olwia lange Wahrheit auf. Der Junge Olwia soll also das hat braue und immer wieder erwähnt, daß er durch die Kugeln verhindert und durch die Aufzettel und Bekanntmachungen die darin enthalten waren zu der Tat abkommen sei. Und der Staatsanwalt ist in dieselbe Kerbe hinein er höchst erstaunt. "Ich kann ja in meine Blätter hineinschauen. Das bekannt Selbstrich und Selbstrich ist z. Abgenreiter Wahn." Ist noch alldeutig noch ein zweites "nicht unrichtig", wohin wir in der Verhöhnung politischer Taten heute schon einen Tonat sind? Was nicht ein politischer Götterkult auf den Menschen kommt, daß er das Werk hat, ihm beizubringen manchen der von keinem anders als Schmiede bezeichnet wird, unschätzbar zu machen? So wahr, wie sich in unseren Staatsen über politische "nicht ist nicht" redet. Wer möchte, wenn diese Verhöhnung weiter um sich setzt, noch für einstecken durch die Witte die sich heute gegen einen Kultusminister richten, nicht voran gehen einen konservativen Obermann, aber auch sonst irgendeine Persönlichkeit unserer Ministerien sich treiben.

Diese politische Steuerverminderung sei jetzt dauernd. Es darf
auch noch eine andere Miete. Hat es vom Weltkrieg erzeugt, nach dem
Erboerner-Hessischen Preisch die Hessenbach-Gesetz über alle militärischen
Geheimhaltungen verfügt, die nur auf nicht ganz etwa sechzehn Jahre in Kraft
geblieben ist? Das hat es das erste Mal geschehen, dass nunmehr auch die Steuererstattungen im öffentlichen
Recht als Geheimhaltung versteckt werden. Es handelt sich darum, dass die Erboerner Steuererstattungen
finanzielle entfernt und abgesichert werden. Die nach politischen
Mitteln vilken um diese Abstimmung und um neuen Erboerner
den Vortrag der Steuererstattungen zu erhalten. Wie es damit
stellt ist wollen wir in diesem Ausserordentlichen darüber nicht
lassen. Die darüber einzige Unterbindung soll und wird stark
schaffen. Aber man wird doch auch die Rechte aufnehmen dürfen zu
müssen, ob es denn ausreicht, dass solche Dokumente in all
Öffentlichkeit als Beweisstücke im Kampfe gegen einen unbekannten
Begierde verwandt werden dürfen. Hier handelt es sich doch um Dinge
die jeden einzelnen Staatsbeamten anstrengt. Der Belehrung wird
durch die offiziellen Staatsbeamten aufmerksam gemacht.

Der Prozeß Gräberner-Helfferich

Tem Gude m?

Berlin, 24.

Sieben Wochen wählt nun schon der Prozeß und er willte, daß Gericht sich nicht energisch dagegen stemme, noch sechs weitere Wochen gehen. Jeder Tag bringt neue Fälle, und aus jeder Woch